



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 20.10.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
am Dienstag, 1. November 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2022

2. 22-V-05-0026

Entscheidung über den Vollzug des Vertrags Entsorgung von kommunalen Siedlungsabfällen

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.11.2022 -
- Die Unterlagen werden nachgereicht -*

3. 22-F-69-0032

ANLAGE

Müllheizkraftwerk Wiesbaden endlich realisieren

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2022 -
- Beschluss Nr. 89 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 13.09.2022 -

4. 22-F-69-0053

Evaluation Grünflächenanteil der städtischen Flächen in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 -

Ein Satellitencheck aus dem Jahr 2016 zeigte, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden einen Grünflächenanteil von ca. 78% aufweist und damit in der Rangliste der grünsten Städte Deutschlands auf Platz 24 von 79 lag. Das bedeutet, dass insgesamt ca. 160 km² Grünfläche vorhanden waren. Bei 275.116 Einwohnern entsprach das etwa 580 m² pro Einwohner. Für das Ranking wurden 185 Satellitenbilder ausgewertet und anhand dessen der Normalized Differenced Vegetation Index (Vegetationsindex NDVI) für jede Fläche von 30x30m innerhalb Deutschlands bestimmt. Mit dem Index ist es möglich den Chlorophyllanteil bzw. den Pflanzenanteil zu bestimmen. Zwar können aus den Werten keine unmittelbaren Aussagen zur Lebensqualität und Nachhaltigkeit, allerdings können daraus Rückschlüsse auf das Stadtklima und die Vegetation gezogen werden.

Im Vergleich dazu hatten die Städte Hamburg einen Grünflächenanteil von ca. 62%, Frankfurt am Main einen Grünflächenanteil von ca. 58,2%, Düsseldorf einen Grünflächenanteil von ca. 56,7% und München einen Grünflächenanteil von ca. 49,9%. Deutschlands Großstädte waren damit 2016 bereits grüner, als angenommen. Nach aktuellen Veröffentlichungen ist davon auszugehen, dass sich die Werte nicht verschlechtert haben.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- 1) zu berichten, ob die Daten der US-Behörde USGS und der NASA, welche kostenlos zur Verfügung gestellt werden, sowie die Daten des Bundesinstituts für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bereits von der Landeshauptstadt Wiesbaden genutzt werden.

- 2) unter Bezugnahme auf die bisher vorliegenden Daten zu berichten
 - a) welchen Anteil die öffentlichen Grünflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden im gesamten Stadtgebiet und in den einzelnen Vororten ausmachen und
 - b) welchen Anteil die Wasserflächen in der Landeshauptstadt Wiesbaden im Verhältnis zur gesamten Größe des Stadtgebietes ausmachen.
 - c) woher die Daten zur Beantwortung von 2 a) - b) stammen und wie sie erhoben wurden.
- 3) anhand der
 - a) Satellitenbilder der US-Behörde USGS und der NASA sowie den zur Verfügung gestellten Daten des BBSR die Werte zur Flächennutzung jeweils in den einzelnen Vor-orten und im Stadtgebiet nach der NDVI-Methode zu bestimmen sowie
 - b) eine detaillierte Grünflächenkarte für das Innenstadtgebiet und die Vororte zu erstellen.

5. 22-F-63-0094

ANLAGE

Hitzeaktionsplan Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und VOLT vom 18.10.2022 -
- Beschluss Nr. 441 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2022 -

Die absehbar zunehmenden Hitzeextreme gefährden auch in Wiesbaden die Gesundheit der Bevölkerung und könnten in Folge das Gesundheitssystem überlasten. Besonders betroffen sind Bewohner*innen überwärmter Innenstadtquartiere sowie besonders vulnerable bzw. hilflose Bevölkerungsgruppen wie z. B. ältere Menschen, chronisch Erkrankte, Menschen mit Behinderung, Säuglinge und Kleinkinder, Menschen, die im Freien arbeiten und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Wohnungslose.

Ein wichtiges Instrument zur Risikovorsorge sind daher kommunale Hitzeaktionspläne, wie sie beispielsweise die Städte Erfurt, Köln, Mannheim und Offenbach bereits aufgestellt haben.

Wesentliche Strategien eines Hitzeaktionsplans sind:

- Risikokommunikation an die Bevölkerung und an Hilfesysteme
- Management von Akutereignissen für vulnerable Bevölkerungsgruppen
- langfristig wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Hitzeextremen

Zur Risikovorsorge für kommende Hitzesommer sollte auch die Landeshauptstadt Wiesbaden einen kommunalen Hitzeaktionsplan aufstellen und diesen in den Folgejahren evaluieren und fortschreiben. Dabei kann sich z. B. am Hitzeaktionsplan Mannheim orientiert und auf die „Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Städte und Kommunen (2021)“ der Hochschule Fulda, Download unter [HAP-DE - Hochschule Fulda \(hs-fulda.de\)](https://www.hs-fulda.de) zurückgegriffen werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. bis Ende 2023 einen Hitzeaktionsplan zu erstellen und mit dessen Umsetzung 2024 zu beginnen. Der Plan ist in den Folgejahren zu evaluieren und bei Bedarf anzupassen. Der Hitzeaktionsplan soll sich auf die Empfehlungen der Bund/Länder-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK)“ stützen und daraus operative Maßnahmen entwickeln. Dazu gehören:
 - räumliche Identifizierung besonders gefährdeter Stadtgebiete bzw. urbaner Hitzeinseln
 - Identifizierung der besonders hitzevulnerablen bzw. hilflosen Bevölkerungsgruppen
 - Identifizierung von kühlen Orten
 - Hitze-Warnsystem und gezielte Risikokommunikation sowie Festlegung einer Kommunikationskaskade
 - Verhaltensempfehlungen, Beratung von Betreuungseinrichtungen und Fortbildung des Betreuungspersonals
 - Beschattung sonnenexponierter Plätze, Installation öffentlicher Trinkwasserspender
 - Hilfsmaßnahmen im Akutfall wie z. B. Trinkwasserausgabe und Angebote kühler Rückzugsmöglichkeiten für Wohnungslose
 - Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung vieler Hitzeerkrankter
 - stadt- und bauplanerische Maßnahmen zur Abkühlung urbaner Hitzeinseln wie z. B. Entsiegelungen, Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünungen, Anlage von Wasserflächen, Verbesserung der Belüftungssituation
2. die Erstellung des Hitzeaktionsplans durch eine breite Beteiligung der Bevölkerung und der Multiplikator*innen der hitzevulnerablen Gruppen zu begleiten.
3. Für die Finanzierung der aus dem Hitzeaktionsplan resultierenden Maßnahmen sind, wo immer möglich, Drittmittel einzuwerben.

6. 22-F-63-0099

Lebensmittelwertschätzung

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und VOLT vom 19.10.2022 -

Mehr als 1/3 aller Lebensmittel weltweit landen im Müll. Dadurch entstehen 10 % aller globalen Treibhausgase. Die LHW hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Durch die Produktion und den Transport von Lebensmitteln wird CO₂ freigesetzt und Wasser verbraucht, welches dadurch, dass die Lebensmittel nicht verzehrt, sondern entsorgt werden, letztendlich verschwendet ist.

Auch vor dem Hintergrund der Verteuerung von Lebensmitteln aufgrund des Kriegs in der Ukraine ist es problematisch, dass in Deutschland immer noch täglich genießbare Lebensmittel einfach in der Tonne landen.

Es gibt bereits viele Initiativen und Vereine, welche sich für die Wertschätzung von Lebensmitteln einsetzen und versuchen bspw. auch Restaurants oder Bäckereien hierbei zu unterstützen. So hat das Social Impact Unternehmen Too Good To Go (TGTG), das unter anderem mithilfe der gleichnamigen App die Nutzung von überproduziertem Essen in Cafés, Bäckerei-en, Restaurants, Hotels, Kantinen und Supermärkten fördern will, die Initiative „Städte gegen Food Waste“ ins Leben gerufen.

Die Initiative „Städte gegen Food Waste“ bringt engagierte Städte wie zum Beispiel Mainz, Frankfurt am Main, Kassel, Köln und Essen in einem Netzwerk zusammen, um konkrete Maßnahmen zu entwickeln, abzustimmen und umzusetzen.

Im Mittelpunkt stehen vor allem die Förderung der Umverteilung von überschüssigen Lebensmitteln und die gezielte Aufklärungsarbeit innerhalb der Bevölkerung. Zu den weiteren Maßnahmen der Stadt Essen zählt unter anderem das Leitprojekt „Zukunftsküche Essen“, mit dem eine Ernährungsstrategie für die Stadt entwickelt und eine klimafreundliche und gesunde Gemeinschaftsverpflegung in der Stadt gefördert werden soll.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen es vonseiten der Stadt Wiesbaden gibt, die Verschwendung von Lebensmitteln zu verhindern.
2. wie lebensmittelverarbeitende Unternehmen vonseiten der Stadt unterstützt werden, die Verschwendung von Lebensmitteln auf ein Minimum zu reduzieren.

II. Der Magistrat wird gebeten,

1. den Beitritt Wiesbadens zum Netzwerk „Städte gegen Foodwaste“ in die Wege zu leiten.
2. einen „Aktionstag Lebensmittelwertschätzung“ in Zusammenarbeit mit lokalen Lebensmittelrettungsvereinen und Lebensmittelbetrieben/-erzeugern mit Informationen und Mitmachaktionen anlässlich des International Day of Awareness of Food Loss and Waste der FAO am 29. September ins Leben zu rufen.
3. die Einführung weiterer Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelmüll, wie das Aufstellen von öffentlich zugänglichen (Kühl-)Schränken für die Spende von übriggebliebenen Lebensmittel durch Privatpersonen (sog. „Fairteiler“) zu prüfen und zeit-nah darüber im Ausschuss zu berichten.
4. zu prüfen, welche Themen, Probleme und Fragestellungen im Rahmen der Verschwendung von Lebensmitteln für den 2023 geplanten städtischen Ideathon/Hackathon geeignet sein könnten.
5. sich mit Foodsharing und anderen zivilen Lebensmittelrettungsinitiativen in Verbindung zu setzen, um weitere Lösungsansätze zu finden und weitere Unterstützungsmöglichkeiten vonseiten der LHW zu prüfen.
6. sich mit Supermärkten und anderen kommerziellen Lebensmittelanbieter*innen in Verbindung zu setzen, um Lebensmittelverschwendung bestmöglich einzugrenzen.

7. 22-F-63-0101

Lichtverschmutzung verringern

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und VOLT vom 19.10.2022 -

Lichtverschmutzung entsteht durch künstliches Licht, welches die Umwelt in den Dämmerungs- und Nachtstunden aufhellt.

Die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur sind unbestritten und wurden bereits in der Ausschusssitzung am 15.03.22 durch das Umweltamt mit der Präsentation „Künstliche Beleuchtung - Auswirkungen und Management“ ausführlich thematisiert.

Natürlich ist bei einer „Verdunklung“ der Stadt auch immer das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen zu berücksichtigen. Es gibt jedoch Möglichkeiten zur Verringerung der Lichtverschmutzung, die die Sicherheit nicht beeinträchtigen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sollte sich daher der Problematik annehmen und Maßnahmen gegen die Lichtverschmutzung ergreifen. Damit kann gleichzeitig ein Beitrag zur Energieeinsparung geleistet werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

- 1) zunächst in geeigneter Weise (bspw. in Kartenformat) die Lichtverschmutzung und deren negative Auswirkungen zu erheben und das Ausmaß darzulegen. Hierbei sollen besonders handlungsbedürftige Areale identifiziert werden.
- 2) unter Einbeziehung aller betroffenen Fachämter ein Maßnahmenkonzept mit begleitender Kampagne zur Verringerung der Lichtverschmutzung in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen und dem Ausschuss entsprechend zu berichten. Zudem soll geprüft werden, ob sich ggf. Problem-/Fragestellungen rund um das Thema Lichtverschmutzung für den geplanten Ideathon/Hackathon eignen könnten.

Ziel soll sein,

- die breite Öffentlichkeit für das Problem zu sensibilisieren und gezielt in lichtsensiblen Gebieten Wiesbadens zum Lichtsparen aufzufordern,
- städtische Beleuchtungen sowohl zeitlich als auch räumlich auf das notwendige Maß zu reduzieren und damit gleichzeitig Energie zu sparen, ohne hierbei berechtigte Sicherheitsinteressen einzuschränken
- notwendige städtische Beleuchtungen bei Bedarf durch zielgerichtete Abstrahlung und Anpassung der Farbtemperatur zu optimieren.

hierbei insbesondere zu berücksichtigen:

- Grünflächen mit besonderer Empfindlichkeit der Fauna und Flora gegenüber künstlicher Beleuchtung,
- Wohnquartiere, in denen künstliche Beleuchtung die Nachtruhe der Bevölkerung beeinträchtigen kann.
- Empfehlungen zum Umgang mit besonders lichtintensiven, gewerblich genutzten Flächen (bspw. Leuchtreklame)

8. 22-F-16-0009

Neophyten in Wiesbadener Naturschutzgebieten

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 -

In einem Bericht des WK vom 15.10.2022 beklagen der Nabu Wiesbaden und EcoAid die massive Ausbreitung von Neophyten in Wiesbadener Naturschutzgebieten. Ganze Biotope können durch Neophyten zerstört werden, wenn der Mensch hier nicht einschreitet.

Nabu und EcoAid haben hierzu eine Karte veröffentlicht ([Invasive Neophyten | EcoAid by Manfred Krautter](#)), in der die Ausbreitung von invasiven Arten, wie Drüsigem Springkraut, Sachalinknöterich und Japanischem Staudenknöterich dargestellt werden.

Hier kann man die massive Ausbreitung z.B. im Goldsteintal erkennen, aber auch andere Wiesbadener Bachtäler sind betroffen.

Laut Manfred Krautter (EcoAid) kann sich die Ausbreitung von invasiven Neophyten auch negativ auf Uferbefestigungen und damit auf den Hochwasserschutz auswirken.

Offenbar hat die Landeshauptstadt Wiesbaden bisher kaum auf die Warnungen von Nabu und EcoAid reagiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Wiesbaden bisher unternommen, um die Ausbreitung von Neophyten in Wiesbadener Bachtälern und Naturschutzgebieten einzudämmen?
2. Welche Maßnahmen sind angesichts der von Nabu und EcoAid dokumentierten Dringlichkeit der Situation geplant.
3. Gibt es Untersuchungen inwieweit bereits Uferbefestigungen durch Neophyten geschädigt sind? Wenn ja, wie sehen diese aus?

9. 22-J-42-0008

ANLAGE

Begrünung von Parkhausfassaden

- Antrag des Jugendparlaments vom 20.07.2022 -

- Beschluss Nr. 99 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 13.09.2022 -

10. 22-F-63-0100

Tiny Forests

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und VOLT vom 19.10.2022 -

Der menschengemachte Klimawandel hat starken Einfluss auf die Artenvielfalt auf der Erde. Auch in Städten gibt es eine große Biodiversität, durch Parkanlagen und andere Grünflächen, welche durch den Anstieg der Temperaturen gefährdet ist.

Das Konzept der sogenannten „Tiny Forests“ oder auch winzigen Wälder will hier Abhilfe schaffen. Hierbei handelt es sich um naturbelassene Kleinst- oder Mikrowälder, welche mitten in besiedelten Gebieten angelegt werden können.

Sie haben eine Größe von 100 bis 2000 m² und zeichnen sich durch sorgfältige Bodenvorbereitung sowie Anpflanzung einer dichten Mischung heimischer standortangepasster Baum- und Pflanzenarten aus. Aufgrund der geringen Größe gibt es viele mögliche Standorte bspw. auf öffentlichen Grün- oder Brachflächen, auf Schulhöfen, Firmengeländen oder Privatgrundstücken.

Gerade im urbanen Raum können die winzigen Wälder als Temperatur- und Lärmpuffer dienen. Außerdem haben sie auch eine starke soziale Komponente. Die Pflanzaktionen finden gewöhnlich gemeinschaftlich mit vielen Menschen statt und bieten eine gute Möglichkeit gerade für Stadtkinder zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Vor- und Nachteile sogenannte „Tiny Forests“ gegenüber herkömmlichen städtischen Grünflächen haben.
2. ob und wo es in Wiesbaden grundsätzlich geeignete städtische Flächen für die Schaffung eines solchen Waldes gibt.

11. 22-F-63-0102

Initiative Refill stärker unterstützen in städtischen Gebäuden

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 19.10.2022 -

Der Plastikmüll, der in Deutschland produziert wird, ist enorm. Ein kleiner Beitrag kann große Effekte haben. So hat sich die Initiative „Refill“ etabliert. Es geht darum, kostenlos Leitungswasser in mitgebrachte Flaschen abfüllen zu können. Aufmerksam auf teilnehmende Läden, Bars oder Einrichtungen, wird man durch einen blauen Aufkleber im Schaufenster. In Wiesbaden gibt es bereits 40 Stationen, darunter auch das Standesamt.¹

Der Ruf nach öffentlichen Trinkwasserbrunnen in Wiesbaden ist seit Jahren laut. Ergänzend sollte die Stadt in allen geeigneten städtischen Gebäuden dafür sorgen, dass Bürger*innen kostenlos Zugang zu Trinkwasser erhalten und sich an der Initiative Refill beteiligen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

die Initiative „Refill“ mit entsprechendem Aufkleber in den Eingangsbereichen aller dafür geeigneter städtischer Gebäude zu unterstützen und damit allen Bürger*innen dort den kostenlosen Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen.

¹ [Initiative Refill | Landeshauptstadt Wiesbaden](#)

12. 22-F-69-0049 **ANLAGE**

Klima-Gutachten zur Perspektivfläche West transparent machen - Citybahn-Fehler nicht wiederholen

- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 07.09.2022 -
- Beschluss Nr. 92 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 13.09.2022 -
- Aktueller Sachstand -

13. 21-F-67-0004 **ANLAGE**

Mehr Begrünung und Erholung in der Fußgängerzone

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 23.06.2021 -
- Beschluss Nr. 24 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 29.06.2021 -
- Aktueller Sachstand -

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-15-0004 **ANLAGE**

Nachhaltige Beschaffung der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 09.03.2022 -
- Bericht des Dezernates IV vom 24.08.2022 -

2. 22-F-22-0014 **ANLAGE**

Umsetzungsstand der Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 22.06.2022 -
- Bericht des Dezernates V vom 25.09.2022 -

3. 22-F-63-0053 **ANLAGE**

Aufstellen von Wasserspendern in der Stadt

- Antrag der Fraktionen Die Linke , Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 22.06.2022 -
- Bericht des Dezernates I vom 01.09.2022 -

4. 22-V-36-0012 **DL 31/22-6**

Bachoffenlegung Blücherplatz

5. **22-V-36-0013** **DL 31/22-7**

Bachoffenlegung Sedanplatz

6. **22-V-61-0021** **DL 31/22-9**

Bebauungsplan "Nauroder Straße (B 455) - Bauabschnitt Süd - zwischen Bierstadter Höhe und Siedlung An den Fichten" im Ortsbezirk Bierstadt
- Satzungsbeschluss -

Tagesordnung III - nicht öffentliche Vorlagen

1. **22-V-36-0017** **DL 31/22-1 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 25.08.2022

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender